

Weinheimer Erklärung des Landesvorstands vom Juli 2007 in der Fassung des Beschlusses vom 15. Juli 2008

Der Landesvorstand des Gemeindeforums hat in der Tagung am 15. Juli 2008 in Feldberg seine Weinheimer Erklärung zur Bildung vom 18. Juli 2007 folgendermaßen ergänzt:

Mehrwert von Strukturänderungen muss in einer besseren individuellen Förderung für Schülerinnen und Schüler liegen

Die Leistungsfähigkeit und der Qualitätsstandard von Hauptschulen sind aufgrund örtlicher und regionaler Verhältnisse sehr unterschiedlich. Viele einzügige Hauptschulen arbeiten besonders erfolgreich. Eine generelle Forderung nach Zweizügigkeit lässt sich nicht begründen. Hauptschulen in ländlichen Räumen, deren Absolventen häufig besonders gute Berufsausbildungschancen haben, brauchen eine Perspektive.

Die Weiterentwicklung der Struktur bei den Hauptschulen in Richtung auf eine höhere Anzahl von zweizügigen Hauptschulen mit Werkrealschule wird als ein auf Freiwilligkeit basierendes Element der Handlungsempfehlungen für eine Weiterentwicklung der Hauptschulstandorte angesehen. Die Umsetzung dieses Elements der Strukturentwicklung setzt Rahmenbedingungen voraus, die einerseits die Qualität der Hauptschulen stärken und andererseits auch Hauptschulen in ländlichen Gebieten Perspektiven bieten können. Der Gemeindeforum erwartet daher, dass für die Einrichtung zweizügiger Hauptschulen nicht allein die Zahl der Schüler Kriterium sein wird, sondern auch besondere Verhältnisse, z.B. unzumutbare Entfernungen, Berücksichtigung finden. Dabei dürfen Standorte nicht zwingend aufgegeben werden. Zwangsfusionen werden abgelehnt.

Den Hauptschulen muss zudem die Option für eine gebundene Ganztagschule offen stehen. Die Ressourcen der aufgehobenen Hauptschulen müssen den neuen Schulen zur besseren Bewältigung der Übergangszeit belassen bleiben. Außerdem müssen Schulen bei Zusammenlegung mit einem Budget ausgestattet werden, aus dem sie nach eigener Bedarfseinschätzung zusätzliche Lehrkräfte, Schulsozialarbeit oder andere pädagogische Verbesserungen finanzieren können.

Der Gemeindeforum erwartet, dass das Land Schulkooperationen und -fusionen mit einer dauerhaften, verlässlichen Finanzbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten unterstützt.